Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Umwelt und Technik	Drucksachen-Nr. 758/2001
---	------------------------------------

☒	Öffentlich
-------------------------------------	-------------------

☐	Nicht öffentlich
--------------------------	-------------------------

Beschlussvorlage

Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	06.12.2001	Beratung
Rat	18.12.2001	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Anpassung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach an den Euro hier: § 5 Gebührensatzung

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die III. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach gemäß der beigefügten Vorlage zu beschließen.

Sachdarstellung / Begründung

I. Einführung des Euro

Am **01.01.1999** wurde der Euro als Buchgeld in den elf Teilnehmerländern der Währungsunion eingeführt. Die Übergangsphase wurde eingeleitet, die Umrechnungskurse der nationalen Währungen zum Euro wurden fixiert. Die Europäische Zentralbank übernahm die Steuerung der gemeinsamen Geld- und Währungspolitik, aber die nationalen Währungen blieben noch gesetzliches Zahlungsmittel.

Am **01.01.2002** beginnt die sogenannte Doppelwährungsphase. Euro-Banknoten und Euro-Münzen werden ausgegeben. Bankkonten werden in Euro geführt und die Umstellung der öffentlichen Verwaltungen auf den Euro wird durchgeführt.

Um die Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach insoweit gerichtsfest zu machen, und im Interesse einer leichteren Anwendung der Satzung werden die entsprechenden DM-Beträge, wie mit der Artikelsatzung vom 27.06.2001 / 20.09.2001 bereits für die übrigen Satzungen der Stadt geschehen, auf Euro-Beträge umgestellt.

II. Anpassung der Gebühren an den EURO

Die derzeit geltenden Gebühren wurden exakt zum offiziellen Umrechnungskurs von 1,95583 DM für einen Euro umgerechnet und nach kaufmännischen Gesichtspunkten auf zwei Stellen hinter dem Komma gerundet. Lediglich bei den Gebühren für ein Wahlgrab bzw. ein Urnenwahlgrab war dies nicht möglich, da in diesen beiden Gebührenbestandteilen die Möglichkeit besteht, die Nutzungsdauern entsprechend zu verlängern. Die mathematisch exakt errechneten Euro-Beträge für ein Nutzungsrecht betragen beim

Wahlgrab	818,07 €
Urnenwahlgrab	243,89 €

Während der Ruhezeiten ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht wiedererworben wird, 1/20 beim Urnenwahlgrab bzw. 1/30 beim Wahlgrab der o.g. Gebühren zu zahlen. Im Umkehrschluss muss die errechnete Jahresgebühr multipliziert mit der Nutzungsdauer die Gesamtgebühr ergeben. Bei dieser Umrechnung kommt es zu geringfügigen Abweichung zu den mathematisch korrekt errechneten Gebühren.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die geringfügigen Abweichungen:

	Gebühr in DM	Gebühr bei math. Genauer Umrechnung	vorgeschlagene Gebühr	Abweichung
Wahlgrab	1.600,00 DM	818,07 €	818,10 €	+ 0,03 €
Urnenwahlgrab	477,00 DM	243,89 €	243,80 €	- 0,09 €

Satzungstext

Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der III. Nachtragssatzung

Auf Grund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV NW S. 475), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV NW S. 245) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – KAG – vom 21.10.1969 (GV NW S. 712 / SGV NW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1999 (GV NW S. 718) und der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) vom 10.04.1992 in der Fassung der III. Nachtragssatzung hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung vom 18.12.2001 folgende Euro-Anpassungssatzung in der Fassung der III. Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

§ 5 erhält folgende neue Fassung:

1. Erwerb von Nutzungsrechten:

1.1.	<i>An Wahlgrabstätten / Urnenwahlgrabstätten</i>	
1.1.1.	Verleihung eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte
je Stelle	818,10 €
1.1.2.	Verleihung des Nutzungsrechtes an einer Urnenwahlgrabstätte	243,80 €
1.1.3.	Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte:	
1.1.3.1.	Nach Ablauf der Ruhezeit ist die Gebühr ganz oder anteilig für den Zeitraum des Wiedererwerbs wie bei Gebührenziffer 1.1.1. zu zahlen.	
1.1.3.2.	Während der Ruhezeiten ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht wiedererworben wird, 1/30 (bei abgeänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) der Gebühr nach der Ziffer 1.1.1. zu zahlen:	27,27 €
1.1.4.	Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Urnenwahlgrabstätte:	
1.1.4.1.	Nach Ablauf der Ruhezeit ist die Gebühr ganz oder anteilig für den Zeitraum des Wiedererwerbs wie bei Gebührenziffer 1.1.2. zu zahlen.	

1.1.4.2.	Während der Ruhezeiten ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht wiedererworben wird, 1/20 (bei abgeänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) der Gebühr nach der Ziffer 1.1.2. zu zahlen:	12,19 €
1.1.5.	Bei Rückgabe des Nutzungsrechtes an unbelegten Grabstätten sind für jedes noch nicht angefangene Jahr der verbleibenden Nutzungszeit 1/30 (bei geänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) zu erstatten. Bei Rückgabe des Nutzungsrechtes an belegten Grabstätten nach Ablauf der Ruhezeit aller in der Grabstätte beigesetzten Verstorbenen sind für jedes noch nicht angefangene Jahr des verbleibenden Nutzungszeitraumes 1/30 (bei geänderten Ruhezeiten der entsprechende Bruchteil) der für den Nutzungszeitraum zu zahlenden Gebühr zu erstatten.	
	Je Wahlgrabstätte	27,27 €
	Je Urnenwahlgrabstätte	12,19 €
1.2.	<i>An Reihengrabstätten</i>	
1.2.1.	Bereitstellung einer Reihengrabstätte für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	297,57 €
1.2.2.	Bereitstellung einer Reihengrabstätte für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr	595,66 €
1.2.3.	Bereitstellung einer Urnen - Reihengrabstätte	61,36 €
1.2.4.	Bereitstellung einer Grabstätte für eine Tot- oder Fehlgeburt mit einem Geburtsgewicht unter 1.000 g	11,25 €
1.2.5.	Bereitstellung einer Grabstätte für eine Tot- oder Fehlgeburt mit einem Geburtsgewicht ab 1.000 g	21,99 €

In den Fällen nach Ziffern 1.2.4. und 1.2.5. wird eine Grabbereitungsgebühr nach Ziffer 2.2.3. erhoben.

Auf die Erhebung der Gebühren für das Grab und die Grabbereitung ist zu verzichten, wenn die Eltern des verstorbenen Kindes den Nachweis des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erbringen.

1.3.	Bereitstellung eines anonymen Urnengrabes	236,73 €
------	---	----------

2. Bestattung (Grabbereitung):

2.1.	Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	177,93 €
2.2.	Für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr	
2.2.1.	Wahlgrabstätten	398,30 €
2.2.2.	Reihengrabstätten	296,55 €
2.2.3.	Urnengrabstätten	96,63 €
2.2.4.	anonymes Urnengrab	73,63 €

3. Benutzung der Leichenhalle:

3.1.	Für die Unterbringung einer Leiche pro Tag (Tag der Einlieferung und der Beerdigung gelten als ein Tag)	12,27 €
3.2.	Für die Trauerfeier	267,92 €

4. Aus- und Umbettung

4.1.	Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr	519,47 €
4.2.	bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	311,89 €
4.3.	Urnen	102,26 €

5. Steinmetzarbeiten

Die Gebühr für die Genehmigung zur Errichtung eines Grabmales, einer Grabeinfassung oder -abdeckung beträgt	25,56 €
---	---------

6. Sonderleistungen

Werden besondere Leistungen, die nicht in den Abschnitten 2 - 5 aufgeführt sind, erbracht, werden die tatsächlich entstandenen Kosten berechnet.

Die III. Nachtragssatzung tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Hinweis:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung beim zu Stande kommen dieser Satzung ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Verkündung geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- a) die vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder vorgeschriebenes Anzeigeverfahren durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) die Bürgermeisterin den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Gemeinde vorher gerügt ist und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet wurden, die den Mangel ergibt.